



Evangelische Verantwortung

Juli 1988

Internationaler Währungsfonds und Weltbank – Agenturen des internationalen Kapitals oder weltweiter Entwicklung?

Volkmar Köhler



Dr. Volkmar Köhler, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit

In diesen Tagen vor der Jahresversammlung von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank in Berlin wird gerade in kirchlichen Kreisen die Rolle von IWF und Weltbank mit aller Leidenschaft diskutiert. Oft wird in dieser Diskussion ethisch-moralisch argumentiert, bevor die Tatsachen ausreichend analysiert sind. Radikalvorstellungen wie die Reduzierung wirtschaftlicher Probleme auf den Kampf gegen den Götzen Mammon oder die Wiederbelebung des alttestamentarischen Zinsverbotes fließen in die Diskussion ein und versperren den Blick auf die wirtschaftlichen Realitäten. Aus diesem Grund erscheint es hilfreich, einmal ausführlicher auf die angesprochenen Sachfragen einzugehen.

Das harte und das weiche Monster – so charakterisiert Hans Magnus Enzensberger den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank. Andere Kritiker verfügen über weniger Ironie. Sie sprechen von Instrumenten des internationalen Kapitals und seiner Hegemonialmacht USA. Ihre wichtigsten Vorwürfe lauten: Fonds und Bank erzeugen Hunger in den Ländern der Dritten Welt, damit Zinsen bezahlt werden können. Sie zwingen die Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas in die Knechtschaft der Exportorientierung mit dem Ziel, den Raubbau an dem menschlichen und natürlichen Reichtum des Südens zur Grundlage des Wohlstands im Norden dieser Welt zu machen.

Dies sind harte Vorwürfe, und sie verdienen eine Antwort. Schließlich ist die Bundesrepublik Deutschland als eines der wichtigsten Mitglieder des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank mitverantwortlich für die Politik dieser Institutionen. Besonders augenfällig wird dies Ende September dieses Jahres, wenn die Mitglieder von IWF und Weltbank zu ihrer Jahresversammlung in Berlin (West) zusammenkommen.

Prinzip des Konsensus auf Jahrestagungen

Wer aber sind die Mitglieder? Es sind nicht etwa die vielen Tausend Bankmanager aus aller Welt, die, wie es der Tradition entspricht, nach Berlin kommen werden, um am Rande der Jahresversammlung Gespräche zu führen und Geschäfte abzuschließen. Mitglieder von Weltbank und Währungsfonds sind 151 Staaten, also beinahe die Gesamtheit der Staaten dieser Erde. Die Spanne reicht von den westlichen Industrieländern über die Staaten der Dritten Welt bis zu Staatshandelsländern wie Polen, Jugoslawien, Ungarn oder China. Eines der Diskussionsthemen am Rande der Berliner Tagung wird die Frage nach dem Ob und Wie eines Beitritts der Sowjetunion sein.

Die Jahrestagungen von Bank und Fonds ähneln deshalb eher der Generalversammlung der Vereinten Nationen als einer Hauptversammlung. Sicher: Anders als in den Vereinten Nationen hat nicht jeder Staat eine Stimme. Maßstab für das Gewicht eines Landes ist vielmehr seine Wirtschaftskraft – mit der Folge, daß die Stimmen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern im Verhältnis 3 : 2 aufgeteilt sind. Tatsächlich gilt in der Praxis aber regelmäßig das Prinzip des Konsensus. Mit anderen Worten: Selbst die USA als wichtigstes Mitglied mit einem Stimmenanteil von etwa 20 % können eine Entscheidung allenfalls verhindern, nicht aber erzwingen.

Dies mag dazu beitragen, daß die Tätigkeit der Weltbank im amerikanischen Kongreß, geht es um die Bewilligung neuer Mittel, immer wieder mit einem aus Sicht europäischer Kritiker absurden Schlagwort charakterisiert wird: Sozialismus. Eine Institution, die

den Begriff der absoluten Armut in den Entwicklungsländern geprägt hat und in der Armutsbekämpfung ihr Hauptziel sieht, erscheint manchen konservativen Kongreßmitgliedern als eine Abkehr von den Tugenden des reinen Kapitalismus, und in der Tat: Eine Organisation, die rund drei Fünftel ihrer Mittel in Vorhaben zur unmittelbaren Verbesserung der Lebensbedingungen breiter Bevölkerungsschichten in den Entwicklungsländern einsetzt, ist als Institution des Kapitalismus wenig geeignet.

Sind Weltbank und IWF also karitative Einrichtungen, gewissermaßen wirtschaftliche Krümelmonster? Eine solche Betrachtung würde die weltwirtschaftliche Bedeutung beider Institutionen verkennen – im Hinblick auf ihre satzungsmäßigen Aufgaben wie in Anbetracht der neuen Rolle, die ihnen seit Anfang der 80er Jahre zugewachsen ist.

IWF und Weltbank wurden 1944 als Grundpfeiler eines neuen Weltwirtschaftssystems auf einer Konferenz im amerikanischen Bretton Woods gegründet. Der **IWF** ist seit dieser Zeit die zentrale Agentur des Weltwirtschaftssystems. Seine Aufgaben sind die Unterstützung der Zusammenarbeit in der Währungspolitik, wirtschaftspolitische Beratung, Überwachung außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte.

Die Aufgaben der **Weltbank** werden am besten von ihrem offiziellen Namen beschrieben: Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung. Das Ziel des Wiederaufbaus nach dem 2. Weltkrieg ist inzwischen erreicht. Die Aufgabe der Entwicklung hat sich dagegen als so vielfältig erwiesen, daß der Weltbank inzwischen drei weitere Institutionen zugeordnet wurden:

Währungsfonds und Weltbank auf einen Blick

Währungsfonds

- ist die zentrale Institution zur Überwachung des Weltwährungssystems
- erstrebt die Förderung stabiler Währungen und geordneter Währungsbeziehungen unter Mitgliedern
- hilft allen Mitgliedern – Industrie- wie Entwicklungsländern –, die sich zeitweilig in Zahlungsbilanzschwierigkeiten befinden, durch Gewährung kurz- bis mittelfristiger Kredite
- ergänzt die bestehenden Währungsreserven seiner Mitglieder durch Ausgaben von SZR (Sonderziehungsrechten); bislang wurden 21,4 Mrd SZR zugeteilt
- bezieht seine Finanzmittel aus den Quotensubskriptionen seiner Mitgliedsländer
- verfügt über eine Quotensumme von 90 Mrd SZR (mehr als 120 Mrd Dollar), die voll eingezahlt sind
- beschäftigt 1700 Mitarbeiter aus über 100 Ländern

Weltbank

- erstrebt die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der ärmeren Länder
- hilft Entwicklungsländern durch langfristige Finanzierung von Entwicklungsprogrammen
- stellt den ärmsten Entwicklungsländern mit einem Pro-Kopf-BSP von unter 400 Dollar pro Jahr finanzielle Sonderhilfen durch die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) bereit
- fördert rentable Privatunternehmen in Entwicklungsländern durch ihre Schwesterorganisation, die International Finance Corporation (IFC)
- erhält ihre Finanzmittel durch Kreditaufnahme bei Anlegern am offenen Markt
- hat ein genehmigtes Kapital von 95 Mrd Dollar, von dem die Mitglieder nur etwa 9 % tatsächlich eingezahlt haben
- beschäftigt 6500 Mitarbeiter aus über 100 Ländern

Quelle: David D. Driscoll, IWF und Weltbank

- die internationale Entwicklungsorganisation (IDA), die praktisch unentgeltliche Darlehen an besonders arme Entwicklungsländer vergibt;
- die internationale Finanz-Corporation (IFC), die privatwirtschaftliche Investitionen in Entwicklungsländern finanziert;
- die Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur (MIGA), die Institutionen in Entwicklungsländern gegen - untechnisch ausgedrückt - politische Risiken versichert.

War das Gewicht von IWF und Weltbank schon immer groß, so hat ihre Bedeutung seit Beginn der 80er Jahre noch zugenommen. Weltwirtschaftliche Rezession, Verfall der Rohstoffpreise und Schuldenkrise haben die Volkswirtschaften vieler Entwicklungsländer schwer erschüttert. Es kam zu dramatischen Zuspitzungen. Im August 1982 war Mexiko nicht mehr in der Lage, seinen Schuldendienst zu leisten. Vor allem nordamerikanische Banken wären dadurch entscheidend getroffen worden; es drohte ein Zusammenbruch des internationalen Finanzsystems mit der Folge einer neuen Weltwirtschaftskrise. Gleichzeitig kam in einzelnen Entwicklungsländern jede geordnete wirtschaftliche Tätigkeit zum Erliegen, weil es an Devisen zur Bezahlung lebensnotwendiger Einfuhren wie Dünger, Medikamente oder

Treibstoff fehlte, der Staatshaushalt immer mehr über die Notenpresse finanziert und die Landeswährung als Folge von Hyperinflation zunehmend zum Spielgeld wurde. Die Bilanz: In einer Reihe der ohnehin armen Länder Afrikas fiel die Nahrungsmittelerzeugung auf den Stand der 60er Jahre, für die großen Schuldner Lateinamerikas wurden die 70er Jahre zum „verlorenen Jahrzehnt“.

In dieser Situation mußte etwas geschehen. Kurzfristige Überbrückungskredite des IWF, ergänzt von längerfristigen Weltbankmitteln, konnten den Zusammenbruch vermeiden, als solche aber die grundlegenden Probleme struktureller Art nicht lösen.

Grundlegende Reformen sind nötig

Auch ein globaler Schuldenerlaß wäre dazu nicht in der Lage. Er würde nur den Schwierigkeiten der Entwicklungsländer die generelle Kreditwürdigkeit als ein weiteres Problem hinzufügen. Das Beispiel asiatischer Länder wie Südkorea, Taiwan, Singapur oder Thailand, die ihre Schulden regelmäßig bedienen und zum Teil sogar abbauen, ist der beste Beleg dafür, daß die Schuldenkrise die Probleme der von ihr betroffenen Länder verschärft, nicht aber verursacht hat.

Wege aus der Schuldenkrise der Dritten Welt

Es ist falsch, von „der“ Schuldenkrise der Dritten Welt zu reden. Da es verschiedene Ursachen für die Entstehung gegeben hat, ist es auch nicht vorstellbar, daß es einen gemeinsamen Ausweg aus der krisenhaften Situation gibt. Der prozentuale Anteil des Schuldendienstes an den Exporterlösen beträgt z. B. in den Staaten Lateinamerikas 46 %, in Afrika 30 % und in Asien 13 %. Im Durchschnitt aller Entwicklungsländer beträgt die Schuldendienstquote 37 %.

Wir müssen vom Schuldenmanagement zu dauerhaften Lösungen kommen. Zu begrüßen ist der jüngste Beschluß der Bundesregierung, den ärmsten Ländern die Restschulden zu erlassen, Entschuldungsmaßnahmen auch für Länder zu ermöglichen, die in ihrem Pro-Kopf-Einkommen über der bisher geltenden willkürlichen Grenze der LLDC-Länder liegen und neue Kreditbedingungen bei der finanziellen Zusammenarbeit vorzusehen. Es müssen nun auch deutliche Signale von den Privatbanken kommen: Die Altschulden müssen neu bewertet werden.

Die Entwicklungsländer müssen durch Strukturanpassungsmaßnahmen und Freisetzung der Marktkräfte die Voraussetzungen für Wachstum und Stabilität schaffen. Die Industrieländer müssen Protektionismus und

Subventionen abbauen und ihre Wirtschaft stimulieren. Der Weltwirtschaftsgipfel in Toronto sollte für die Bundesregierung die Gelegenheit sein, darauf hinzuwirken, den Entwicklungsländern den Zugang zu den Märkten der Industrieländer zu vereinfachen.

Für die zukünftige Verhinderung von neuen Krisen sollte die Idee des Zinsausgleichsfonds seriös geprüft werden. Die Inanspruchnahme von Fondsmitteln durch die Entwicklungsländer muß an die Umsetzung erfolgversprechender Reformen geknüpft werden. Die Industrieländer würden veranlaßt, zinstreibende Staatsdefizite abzubauen. Darüber hinaus sollte ein „Internationales Frühwarnsystem“ entsprechend dem Vorschlag der Kommission Weltkirche geschaffen werden. Ein „Internationales Aufsichtsamtsamt für das Kreditwesen“ könnte das „Windhundrennen“ um neue Kredite verhindern. Eine derartige Einrichtung kann die internationalen Kreditbeziehungen transparenter machen, die Gesamtverschuldung der Entwicklungsländer zusammentragen, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit bewerten und gegebenenfalls Empfehlungen für Kreditobergrenzen festsetzen.

Jochen Feilcke, MdB
in: Stichworte dieser Woche, 10. 6. 1988

Unsere Autoren:

Parl. Staatssekretär
Dr. Volkmar Köhler, MdB
BMZ, Karl-Marx-Str. 4-6, 5300 Bonn 1

Dr. Rüdiger May
CDU-Bundesgeschäftsstelle
Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1

Klaus-Jürgen Hedrich, MdB
Bundeshaus, 5300 Bonn 1

Hans-Jürgen Quest
Englische Planke 1, 2000 Hamburg 11

Aus dem Inhalt:

Internationaler Währungsfonds und Weltbank	1
Warum kommt Zentralamerika nicht zur Ruhe?	5
Wunder dauern etwas länger. Wie geht es weiter auf den Philippinen?	7
Kirche ist nicht „out“	10
Parteitagshotizen	13
Aus unserer Arbeit	14
Leserbrief	15

Die von manchen als Patentlösung empfohlene Stabilisierung von Rohstoffpreisen gegen den abwärts gerichteten Markttrend ist auf lange Sicht nicht finanzierbar und enthält die Gefahr der Erhaltung postkolonialer Monostrukturen. Die Vision einer Wirtschaftsgemeinschaft zwischen Afrika und Europa, in der – so der Traum des Staatspräsidenten der Elfenbeinküste, Houphouët-Boigny – Afrika zu „gerechten“ Preisen die Rohstoffe und Europa die Industriegüter liefert, wird jeden Tag aufs neue von den Realitäten des Weltmarktes durchkreuzt. In einer Welt, in der der Sand für das Silikon der Computerchips wichtiger als der in Jahrtausenden bewährte Rohstoff Kupfer ist, läßt sich die wirtschaftliche Zukunft eines Landes nicht mehr allein auf Rohstoffe gründen. Nötig sind deshalb grundlegende Reformen, die es den in der Krise befindlichen Staaten der Dritten Welt erlauben, ihren menschlichen und natürlichen Reichtum wieder zum Motor ihrer Entwicklung zu machen.

Zu diesem Zweck haben IWF und Weltbank **Strukturanpassungsprogramme** entwickelt, die als Grundlage für die Vergabe von Strukturanpassungsdarlehen dienen. Wichtige Elemente derartiger Programme sind:

– **der Abbau der Diskriminierung gegen die Landwirtschaft**

Niedrige Erzeugerpreise für die Landwirtschaft erlaubten in vielen Ländern Afrikas niedrige Lebensmittelpreise für die – politisch wichtige – städtische Bevölkerung. Die Folge: Eine Minderheit, die städtische Bevölkerung, wurde auf Kosten der Mehrheit, der Menschen auf dem Lande, privilegiert. Eine Erhöhung der Erzeugerpreise verbessert Einkommen und Ernährung der Mehrheit der Bevölkerung, schafft allerdings Probleme insbesondere für die Armen in den Städten. Die viel zitierten „Brotaufstände“ sind Ausdruck dieser schwierigen Lage, belegen aber keinesfalls, daß Hunger der Preis für Schuldendienst ist.

– **Abbau der Diskriminierung gegen die einheimischen Arbeitskräfte und den Export**

Überhöhte Wechselkurse führen zu einer künstlichen Verbilligung eingeführter Investitionsgüter, fördern also eine kapitalintensive Produktion auf Kosten einheimischer Arbeitskräfte. Sie unterstützen einen am Ausland orientierten (Luxus-)Konsum, verteuern und erschweren aber gleichzeitig den Export – von Halb- und Fertigwaren sowie von Rohstoffen. Eine schrittweise Abwertung stärkt die einheimische Produktion, und zwar sowohl im Exportbereich als auch für den Binnenmarkt. Ziel ist nicht die Ausbeutung, sondern die Nutzung der Ressourcen des Entwicklungslandes.

– **Abbau des aufgeblähten Staatsapparates**

Wenn das Landwirtschaftsministerium in einem Staat von der Größe Costa Ricas 8000 Bedienstete hat, dann liegt auf der Hand, daß es hier nicht um Landwirtschaftspolitik, sondern um Beschäftigungspolitik zugunsten einer privilegierten Schicht auf

Kosten des ganzen Landes geht. Ein Abbau derartiger Privilegien ist im Interesse des Gemeinwohls ebenso erforderlich, wie sicher ist, daß angemessene Übergangsregelungen für die betroffenen Staatsbediensteten gefunden werden müssen.

Diese Aufzählung ließe sich fortsetzen, das Ergebnis wäre immer dasselbe: Strukturanpassung ist notwendig, aber sie muß mit Augenmaß durchgeführt werden.

Neuer Ansatz zur Lösung einer alten Aufgabe: Entwicklung

Deutlicher als zu Beginn der 80er Jahre ist heute die Erkenntnis, daß eine langfristig sozial und wirtschaftlich vernünftige Politik kurzfristig negative Auswirkungen haben kann. Dies wird – nicht zuletzt auf Drängen der Bundesregierung – inzwischen bereits bei der Gestaltung von Strukturprogrammen berücksichtigt. So ist in Marokko an die Stelle allgemeiner Nahrungsmittelsubventionen eine gezielte Nahrungsmittelhilfe getreten. Arbeitslose Bergleute in Bolivien werden im Rahmen von Kleinprojekten des Straßen- und Wegebau mit Nahrungsmitteln und Impfstoffen versorgt.

Weiter haben wir gelernt: Die Fehlentwicklungen vieler Jahre lassen sich nicht in wenigen Minuten überwinden. Die Zeithorizonte für Strukturanpassung sind deshalb heute weiter als zu Beginn der 80er Jahre. Längere Strukturanpassungsprogramme fordern natürlich auch größere Mittel. Im Rahmen von Weltbank und IWF wurden deshalb inzwischen neue Finanzierungsmöglichkeiten eröffnet. Die Bundesregierung leistet dazu als Mitglied dieser Organisationen ihren Beitrag. Darüber hinaus stellt sie allein in diesem Jahr bis zu 600 Mio DM für Strukturanpassungsprogramme bereit. Schließlich liegt auf der Hand, daß eine Weltmarktöffnung, wie sie Strukturanpassungsprogramme vorsehen, nur in dem Maße sinnvoll ist, wie der Weltmarkt auch tatsächlich offen ist. Wer wirtschaftliche Reformen in den Entwicklungsländern unterstützt, muß deshalb den Protektionismus der Industriestaaten bekämpfen. Kampf gegen den Protektionismus heißt Bereitschaft zur Öffnung des eigenen Marktes, bedeutet letztlich also nichts anderes als: Strukturanpassung im eigenen Land.

Weltbank und Währungsfonds als Agenturen des internationalen Kapitals, Hunger gegen Zinsen, Exportorientierung als Ausbeutung der Staaten der Dritten Welt durch die Industrieländer – nach einem kurzen Überblick über die angesprochenen Probleme muten diese Schlagworte beinahe surreal an. Der Vielfalt der Wechselbeziehungen, der Schwierigkeit der anstehenden Fragen, der Größe der Herausforderungen für Entwicklungs- wie Industrieländer wird man so nicht gerecht. Je detaillierter die Analyse der Politik von Weltbank und IWF gegenüber der Dritten Welt, desto deutlicher wird, daß es letztlich um nichts anderes geht als um einen neuen Ansatz zur Lösung einer alten Aufgabe: Entwicklung.

Warum kommt Zentralamerika nicht zur Ruhe?

Rüdiger May

Besonders kirchliche Kreise in der Bundesrepublik Deutschland zeigen ein bemerkenswertes Engagement in Fragen, die Zentralamerika betreffen. Schon seit Jahren gibt es heftige Diskussionen um den Weg zur Demokratie, den El Salvador versucht, um das nicaraguanische Modell und den Einfluß der Amerikaner in der Region. Die Friedensbemühungen, die maßgeblich vom costa-ricanischen Präsidenten Arias und vom guatemalteken Präsidenten Cerezo ausgingen (Esquipulas II), haben diese Diskussion noch einmal intensiviert.

Wer der Frage nachgeht, warum Zentralamerika nicht zur Ruhe kommt, das heißt konkret, warum es sich mit dem Weg zu einer politischen, wirtschaftlich und sozial gerechten Ordnung so schwer tut, muß eine Reihe von Informationen verarbeiten. Wir wollen dies im folgenden anhand von „Länderbeispielen“ versuchen.

Panama: Anhaltende Kritik an der Privilegienwirtschaft

Wer nach Panama reist, um mit dem „neuesten Sorgenkind der Region“ anzufangen, den erinnert das Bild der Hauptstadt – bewegt man sich nicht in die Außenbezirke – an mittlere Städte der Vereinigten Staaten von Amerika, die den Eindruck von „geordneten Verhältnissen“ und Sicherheit vermitteln. Hinter dieser Fassade in Panama brodelte es jedoch seit langem. Nicht nur die starken sozialen Gegensätze – die tiefe Kluft zwischen arm und reich bildet hier politischen und gesellschaftlichen Sprengstoff, sondern auch die Kluft zwischen Politikern, die demokratische Spielregeln achten und auf ihrer Basis ein geordnetes Gemeinwesen entwickeln wollen, und auf der anderen Seite solchen, denen die Interessen der eigenen Clique Primär Anliegen sind. So hat sich in Panama eine

Offiziersclique herausgebildet, die zwar schlecht bezahlt aber mit vielen Privilegien ausgestattet wird, die über maßgeblichen politischen und vor allem wirtschaftlichen Einfluß verfügt, und deren erstes politisches Ziel ist, diese Privilegien zu erhalten. Lange Zeit wurde diese Politik nach dem Motto „Hauptsache, wir haben Ruhe an der südlichen Front“ vom großen Nachbarn im Norden unterstützt oder zumindest geduldet. Die militärische, vor allem aber die wirtschaftliche Verflechtung (Panama hat kein eigenes Papiergeld, amerikanische Firmen haben starke Interessen im Land)



boten lange Zeit den Anschein der Garantie dafür, daß sich alles zum besten wenden werde.

Nur: Der Wunsch der Bevölkerung, von ihren eigenen Repräsentanten regiert zu werden, von unbestechlichen, sauberen Frauen und Männern, ist auf Dauer nicht zu unterdrücken. Überraschenderweise gingen die Unruhen der vergangenen Monate nicht ausschließlich von den wirtschaftlich und sozial Benachteiligten, sondern auch von der relativ wohlhabenden Mittel- und Oberschicht aus, die sich mit der Privilegienwirtschaft nicht abfinden kann. Der Handel, die Banken, die Universitäten, die Kirchen, alle sie machten Front gegen die Politik des General Noriega, der als Oberbefehlshaber der panamaischen Truppen der faktische Präsident des Landes ist.

Gegen die Angriffe von innen und von außen wehrt sich Noriega mit einem Appell an den Nationalismus,

er beschuldigt die Amerikaner der Intervention (und kann hierbei auf viele historische, leider nur allzu wahre Fälle hinweisen), er sucht Bündnisse mit allem, was gegen die USA eingestellt ist (Nicaragua, Cuba...).

Derweil verlottert Panama nicht nur moralisch und politisch, sondern auch wirtschaftlich. Wo ein weitgehender Konsens aller Bürger über die wichtigsten Fragen des Gemeinwesens fehlt, kann auch kein wirtschaftliches Vertrauen wachsen. Die vielen ausländischen Firmen, insbesondere die Banken, haben Zweifel an der Stabilität dieses Landes am Isthmus. Stabilität ist nun einmal nicht nur militärische Stärke, nicht nur starke Währung, sondern vor allem ein sozialer Faktor. Soziale Stabilität ist nur möglich in Gemeinwesen, die von einer ausreichenden Mehrheit als gerecht empfunden werden.

Nicaragua: Fehlender Wille zum geordneten Miteinander

Das schon „traditionelle Sorgenkind“ in der Region, Nicaragua, hat bei aller Unterschiedlichkeit Probleme, die denen von Panama im Kern verblüffend ähnlich sind: Auch hier hat nach anfänglich breiter, ja sogar breitester Zustimmung eine Clique die Kontrolle über die Gesellschaft, nicht nur über die staatlichen Institutionen und nicht nur über das Wirtschaftsgeschehen, übernommen. Der Sandinismus hat seine Krakenarme auch noch in die letzte Institution gesteckt und sie mit sandinistischen Funktionären besetzt; auch die Polizei ist nicht die Polizei des Bürgers, sie heißt „sandinistische Polizei“, die Streitkräfte heißen „sandinistische Streitkräfte“. Gesellschaftliche Institutionen wurden zur Beute einer Partei. Die ursprünglich propagierten Ziele,

Blockfreiheit, gemischte Wirtschaftsordnung und Pluralismus im Inneren sind lange vergessen und aufgegeben. Die Träger dieses Pluralismus, die Oppositionsparteien, gesellschaftlich relevante Gruppen, die nicht auf „Linie“ liegen, die Kirchen etc. müssen sich Behinderungen, Einschüchterungen und offene Rechtsbrüche gefallen lassen. Die Partnerpartei der CDU in Nicaragua, die Partido Social Cristiano (PSC), ist ständig Angriffspunkt der Sandinisten. Ständig werden ihre Führer verhaftet, drangsaliert, das Parteilokal demoliert etc.

Die Orientierung der sandinistischen Politik ist inzwischen klar: Außenpolitisch orientiert man sich ganz klar zum Osten und hält nur soweit „Westkontakt“, als man diesen zur Unterstützung der eigenen Position, insbesondere zur Absicherung von Projekten benötigt. In der Innenpolitik nimmt man sich ein Vorbild an Einparteienstaaten, propagiert zwar lautstark eine Demokratisierung, ist aber offensichtlich nicht bereit, in freien Wahlen die eigene Machtposition wirklich zur Disposition zu stellen.

Diese Mentalität hat auch die gegenwärtig laufenden Friedensverhandlungen aufs schwerste belastet. Gleichberechtigte Teilhabe an der Macht, Demokratie als Chance zur Alternative, dies sind Fremdworte für die Sandinisten. Der fehlende Wille zum geordneten Miteinander hat die Verhandlungen einseitig platzen lassen; nun kann man nur hoffen, daß die „freiwillige Waffenruhe“ lange anhält.

Die Verhandlungsbereitschaft der Sandinisten muß durch den Druck von Ereignissen wieder neu belebt werden. Nicht nur die Sowjetunion hat offensichtlich ein schwindendes Interesse daran, sich in diesem Land wirtschaftlich und politisch zu engagieren, auch die westlichen Geberländer machen selbstverständlich ihre positive Einstellung zu Projektkooperationen von Fortschritten im Friedensprozeß abhängig. Und Kooperation und wirtschaftliche Hilfe benötigt Nicaragua so dringend wie selten zuvor. Die Handelsbilanz ist mit einer dreiviertel Milliarde US-Dollar negativ, das Bruttosozialprodukt sinkt seit Jahren (von 1984 auf 1985 allein um 5,6%), trotz allgemeiner Wehr-

pflicht (mit Zwangsrekrutierungsmaßnahmen) beträgt die Arbeitslosenquote nach Regierungsangaben 22%. Die Auslandsschulden sind von einem relativ geringen Betrag in den letzten Jahren der Somoza-Herrschaft auf inzwischen 7 Milliarden DM angewachsen, für ein 3,3-Millionen-Volk eine gewaltige Last.

Die hohen Militärausgaben (über 50% des Haushaltes), die Verschwendung für Prestige-Projekte und die allgemeine wirtschaftliche Unfähigkeit der sandinistischen Administration haben zu einer beträchtlichen Verelendung weiter Bevölkerungskreise geführt. Diese findet unter anderem ihren Ausdruck in den exorbitant steigenden Schwarzmarktkursen, die der Dollar erzielt.

Zusammenfassend also auch hier: Staat und Gesellschaft als Beute einer Parteidiktatur, die ihre Privilegien verteidigt, der aber auch durch die Eigenart ihres Gegners (Contra) das friedliche Zusammenleben nicht leichtgemacht würde, wenn sie es denn wollte.

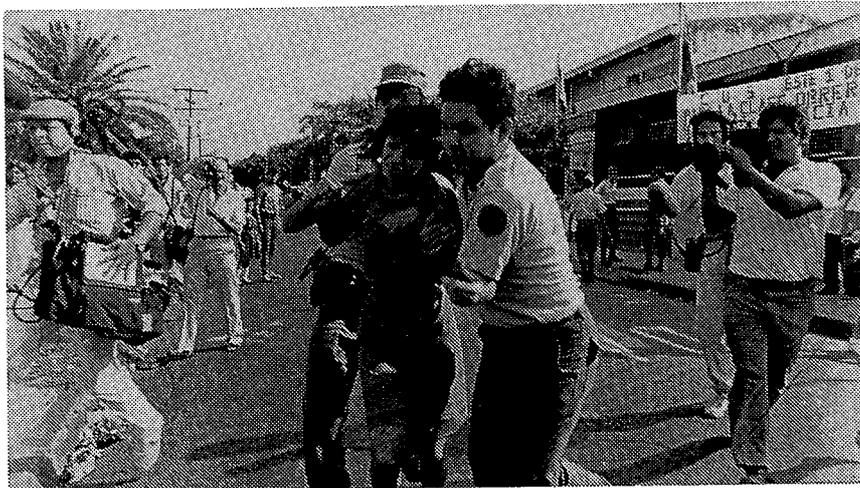
El Salvador: Ständige Auseinandersetzungen mit Oppositionsparteien

Als 1979 die Militärregierung von **El Salvador** durch eine gemischte militärische und zivile Junta abgelöst wurde, atmeten viele im Lande auf (während in verschiedenen Kreisen in westlichen Ländern das Zusammengehen von Christdemokraten

mit Militärs als ein Sündenfall an sich angesehen wurde). Die auf die Militärregierung nach freien, allgemeinen und fairen Wahlen folgende Duarte-Regierung hatte sich von Anfang an zwei Ziele gesetzt: Wirtschaftliche Gesundung des Landes und Beendigung des Bürgerkrieges. Beides ist nicht gelungen, das muß heute unumwunden eingestanden werden.

Die öffentliche Auslandsverschuldung dieses 5,5-Millionen-Einwohner-Landes (das in etwa die Fläche von Hessen einnimmt) beträgt 2,25 Milliarden US-Dollar, die Außenhandelsbilanz ist chronisch defizitär (der Handel mit der Bundesrepublik Deutschland weist allerdings einen positiven Saldo auf), die Inflationsrate ist beträchtlich, man spricht davon, daß das Pro-Kopf-Einkommen heute nur noch zwei Drittel des Standes von 1978 hat. Das Land lebt von direkter Wirtschaftsunterstützung von außen, insbesondere von den USA (1987: 500 Mio US-Dollar) und von den im Ausland lebenden 1 Mio Salvadoreanern, die schätzungsweise 300 bis 400 Mio US-Dollar pro Jahr überweisen.

Warum war es so schwer, vielleicht sogar unmöglich, die oben genannten Ziele zu erreichen? Um wirtschaftliches Wachstum zu ermöglichen, muß es zumindest einen halbwegs tragfähigen Konsens zwischen denjenigen geben, die aktiv im Wirtschaftsleben tätig sind (private Investoren, Konsumenten, Händler, Großgrundbesitzer...) und denjenigen, die die wirtschaftlichen Rahmendaten setzen, also



Staatlicher Terror gegen Oppositionelle, hier gegen Frau Flor Elvira Ruiz, auch nach dem Friedensvertrag von Esquipulas II.

der Regierung. Ein solcher Konsens war in El Salvador offensichtlich nicht möglich. Zwar konnte durch drastische Reformen (Landreform in mehreren Stufen, Verstaatlichung des Außenhandels und eines Teils des Bankenwesens) das Vertrauen der bisher Landlosen, der Tagelöhner und Kleinbauern sowie der Genossenschaften erworben werden, gleichzeitig wurde dadurch aber die Obstruktionshaltung des „privaten Sektors“ stimuliert. Das Festhalten an Privilegien wurde hier zum Ziel Nr. 1, es manifestierte sich politisch im Wirken und in der Programmatik der rechtsorientierten Partei ARENA, der Verbindungen zu den rechtsradikalen Todesschwadronen nachgesagt werden.

Auch das zur Erreichung des Zieles „Beendigung des Bürgerkrieges“ notwendige Vertrauen konnte nicht hergestellt werden. Der politische und militärische Arm der Guerilla hat sich nie ernsthaft darauf eingelassen, die Wahlen in El Salvador als frei und demokratisch anzusehen, der in ihnen eindeutig zum Ausdruck kommende Volkswille

wurde ignoriert und als „Manipulation der wirklichen Interessen des Volkes durch die herrschende Clique“ interpretiert. So ging es denn in den Friedensverhandlungen den Guerillaorganisationen nicht um Befriedung des Landes, auch nicht um Machtteilhabe, sondern letztlich um ein anderes Modell, um Machtwechsel ohne Wahlen – auch wenn Gegenteiliges propagiert wurde. Daß es hier innerhalb der Guerillaorganisationen, insbesondere in ihrem „politischen Arm“ eindeutige Differenzierungen gibt, soll nicht verschwiegen werden.

Die christlich-demokratische Partei des Landes unter Führung des Staatspräsidenten José Napoleón Duarte hat in dem Kampf gegen die Oppositionsparteien, den Privatsektor und die Guerillaorganisationen schwer gelitten, zusätzlich droht die Führungsdiskussion (Wahl des Präsidentschaftskandidaten) die Partei zu zerreiben. Wer wollte sich ernsthaft angesichts des anstehenden Problembereichs darüber wundern?

Ausblick

Versäumte Reformen, unterlassene Evolution, es ist der Grund für so manche Revolution auf der Welt, die dann blutig endet und weniger Freiheit, weniger Wohlergehen für die Menschen bringt. Dies ist der Fall Nicaragua. Das Sichern von Privilegien gegen den erklärten Willen der Mehrheit, das Festhalten am Alten, die Unversöhnlichkeit, der materielle Egoismus, er schafft ebenfalls revolutionären Sprengstoff, nährt den Bürgerkrieg, führt zu Menschenrechtsverletzungen. Das ist der Fall in El Salvador – und Panama ist auf dem besten Wege dorthin.

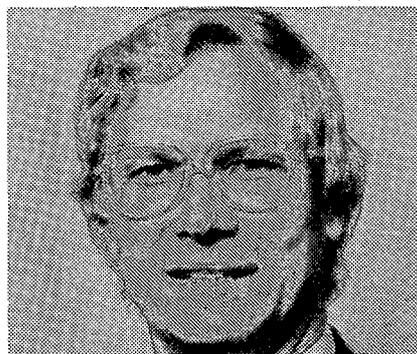
Es bleibt zu hoffen, daß ausländische Hilfe, daß gutgemeinter ausländischer Rat zu friedlichen Entwicklungen beitragen kann, bevor der revolutionäre Druck den Kessel sprengt. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten beteiligt sich die CDU, in enger Kooperation mit ihren Partnerparteien, an diesem Versuch, friedliche Entwicklungen zu ermöglichen.

Wunder dauern etwas länger Wie geht es weiter auf den Philippinen?

Klaus-Jürgen Hedrich

Klaus-Jürgen Hedrich, MdB, Mitglied des EAK-Bundesvorstandes, hat vor kurzem die Philippinen besucht. Im folgenden Bericht gibt er eine Situationsanalyse und zeigt positive Entwicklungsansätze des Inselstaates auf.

„Es muß einfach Wege aus dem Schlamassel geben“, sagte die Planungsministerin der Philippinen, Solita Monsod, im Mai dieses Jahres, angesichts scheinbar unüberwindlicher Probleme auf den Philippinen. Die Präsidentin Corazon Aquino steht vor riesigen Problemen, die sich durch alle Bereiche von Wirtschaft und Politik ziehen. Trotzdem, ungeachtet aller innenpolitischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, steht es um die Fortsetzung des Demokratisie-



Klaus-Jürgen Hedrich, MdB, ist Vorsitzender der ASEAN-Parlamentarier-Gruppe

rungsprozesses auf den Philippinen gar nicht so schlecht, wie ich mich im Mai dieses Jahres anlässlich einer Philippinenreise in meiner Funktion als Vorsitzender der ASEAN-Parlamentariergruppe überzeugen konnte.

Wenn man auch immer wieder in den deutschen Medien zu hören bekommt, daß sich auf den Philippinen nichts geändert habe, daß nach wie vor Massenarmut und Korruption die Szene beherrschen, so ist doch Hoffnung und Zuversicht trotz aller Unzulänglichkeiten angebracht. Dies äußerten auch zahlreiche Vertreter von Regierungen, Kirche und Nichtregierungsorganisationen, mit denen ich während meiner Reise gesprochen habe.

Die Philippinen, das ist ein Land mit annähernd 60 Millionen Einwohnern und einer rasant wachsenden Bevölkerung. Ca. 1,4 Millionen Bevölkerungszuwachs im Jahr. Auf der Suche nach Arbeit strömen viele Filipinos in die Städte, wo sie

wo sie allerdings ebenfalls keine Beschäftigung finden. Entsprechend ist die Zunahme von Elendsvierteln in den Großstädten. Bereits jetzt gehören schon ein Drittel der Bevölkerung Manilas zum Millionenheer der „squatters“ (Slumbewohner). Die Menschen in den Slums leben in unvorstellbarer Not, wohnen in Elendsquartieren, die sie sich notdürftig aus Abfällen von Holz und Blech errichtet haben, ohne Wasser und Strom und ohne Hoffnung auf ein besseres Leben. Dennoch: Wer hier hinkommt, ist erstaunt über die Liebenswürdigkeit und Freundlichkeit dieser Ärmsten der Armen. Diesen Menschen zu helfen ist das Anliegen verschiedener staatlicher und kirchlicher Hilfswerke, nicht zuletzt aber auch der Bundesregierung.



Miederwarenproduktion in Manila

republik sind die Gelder damit projektbezogen verplant. Das gilt aber nicht für die internationalen Entwicklungshilfefuzusagen insgesamt. Hier gibt es noch Überhänge in einer Größenordnung von ca. 2 Milliarden Dollar.

Fast zwei von drei Filipinos leben unterhalb der Armutsgrenze. Sie liegt derzeit bei 2300 Pesos pro Monat für eine sechsköpfige Familie, das sind nicht einmal 200 Mark. Zwar verzeichnete der 5000 Inselstaat im vergangenen Jahr ein Anwachsen des Bruttosozialprodukts von 5,6 %, während die Bevölkerungszuwachsrate bei „nur“ 3 % lag, was zu einer Einkommenssteigerung von 2 % führte. Aber immer noch läuft Corazon Aquinos Regierung einem Pro-Kopf-Einkommen von 650 US-Dollar hinterher, das es unter dem mittlerweile im hawaiianischen Exil lebenden Expräsidenten Marcos vor Jahren schon einmal gegeben hatte, bevor Wirtschaftskrisen und allzu tiefe Griffe des Diktators in die Kassen seines Landes zu dessen Niedergang führten. Heute beträgt trotz aller Versuche und Bemühungen das Pro-Kopf-Einkommen erst 580 Dollar.

Das Land hat mittlerweile einen Schuldenberg von fast 29 Milliarden Dollar zu verzeichnen. Dabei zahlen die Philippinen im Jahr immer noch 3 Milliarden Dollar mehr, als sie ins Land bekommen. Seit 1982 gab es auf freiwilliger Basis keine Bankkre-

dite mehr. Ohne Aussicht auf „fresh money“ müssen die Philippinen bis 1992 allein an die Banken 8 Milliarden US-Dollar Zinsen zahlen.

Das hat nun dazu geführt, daß sich jetzt im Mai der Widerstand gegen die hohen Schuldendienstzahlungen innerhalb der Regierung verstärkt hat. In Manila rechnet man damit, daß der Senat, die 24köpfige zweite Kammer des philippinischen Parlaments, in Kürze einer Ausschlußempfehlung zustimmt, den Schuldendienst auf 10 % der Exporteinnahmen zu beschränken. Im Haushalt 1988 waren 40 % des Gesamtbudgets von 8,5 Milliarden Dollar für den Schuldendienst eingesetzt worden. Eine Begrenzung auf 10 % der Exporteinnahmen würde die Summe auf eine Milliarde Dollar senken. Derartige Aktionen müssen aber als äußerst bedenklich betrachtet werden. Denn solche Maßnahmen fördern bei Banken und Geberländern nicht gerade den Willen, Kredite zu geben, die das Land dringend braucht. So hat auch das Beispiel Peru gezeigt, daß eine Beschränkung der Schuldentrückzahlungen oft auch zu einer finanziellen Isolation führen kann.

Knapp 100 Familien, heißt es, beherrschen das Land wirtschaftlich, auf ein Fünftel der Bevölkerung entfällt die Hälfte des Einkommens. Etwa 20 % der Filipinos besitzen 80 % des Landes; 59 % der 57 Millionen leben unter der Armutsgrenze.

Wege aus der Schuldenkrise

Ein Hauptanliegen der Entwicklungspolitik der Bundesregierung ist neben der projektbezogenen finanziellen und technischen Hilfe an die Philippinen besonders die Förderung von Klein- und Mittelbetrieben. Modellcharakter hat dabei die Deutsche Handwerkskammer Kassel, die als Vorbild gilt für mittelständische Entwicklungszusammenarbeit.

Seit 1961 sind 930,2 Millionen DM Entwicklungshilfe an die Philippinen geleistet worden – davon 376,4 Mio. DM als finanzielle Zusammenarbeit und insgesamt 553,8 Millionen DM als technische Hilfe. Die Effektivität der Umsetzung dieser Mittel, insbesondere im Bereich der technischen Hilfe, läßt seitens der philippinischen Regierung zu wünschen übrig. Denn von den 553,8 Mio DM wurden erst 190,3 Mio. DM umgesetzt.

Bei den Entwicklungshilfefuzusagen gab es in der Vergangenheit das Problem des sogenannten „Überhangs“. Dabei ging es um Gelder, die den Philippinen oder auch anderen Entwicklungsländern zur Verfügung gestellt wurden, für die dann aber keine geeigneten Projekte zur Verfügung standen, um das Geld planmäßig einzusetzen. Diese sogenannten „Pipeline-Projekte“ gibt es seit Ende November 1987 nicht mehr. Für die Bundes-

Finanzquelle – Prostitution

Wen wundert es dann, daß bisher fast 500 000 Frauen ihr Glück im Ausland suchen, sei es als Hausmädchen in Singapur oder Europa, was sich allerdings hinterher zu oft als Handel mit Mädchen und Frauen für Bordelle innerhalb der EG und auch der Bundesrepublik Deutschland entpuppt.

Von verschiedenen polizeilichen Organisationen und Organisationen, die in der Hilfe für asiatische Frauen in der Bundesrepublik Deutschland arbeiten, ergab sich, daß am Frankfurter Flughafen pro Woche mit 4 Linienflügen, z. B. aus Manila, etwa 30 Filipinas als Touristinnen einreisen.

Größtenteils werden die Frauen über Vermittlerorganisationen unter Vorspiegelung falscher Tatsachen in die Bundesrepublik gelockt, um angeblich im Gaststättengewerbe oder im Haushalt tätig zu werden, um dabei viel Geld verdienen zu können. Hierzu muß eine finanzielle Vorleistung mindestens in Höhe der Flugkosten erbracht werden, an der teilweise die gesamte Familie beteiligt wird. Die Frauen haben sich in ihrem Heimatland hoch verschuldet und bekommen, kaum in der Bundesrepublik angekommen, Rückflugticket und Reisepaß abgenommen, so daß ihnen oft nur der einzige Weg in einen Bordellbetrieb zum Geldverdienen bleibt. Um Arbeitserlaubnis bzw. Aufenthaltsgenehmigung zu erhalten, müssen sie oft Scheinehen eingehen mit Ehemännern, die sie dann nie mehr zu Gesicht bekommen.

Die konsularische Abteilung der Botschaft in Manila ist in der Regel mit Ausreisewilligen voll besetzt. Dabei kann nicht übersehen werden, daß die Prostitution oft die einzige Einnahmequelle für viele Frauen ist, womit sie die gesamte Familie auf dem Land ernähren müssen. Die Regierung Aquino versucht jetzt, diesen Sextourismus zu unterbinden. So wurden jetzt auch die Arbeitsgenehmigungen von philippinischen Frauen im Ausland begrenzt. Außerdem hat man damit begonnen, die Nachtclubszene in der Hauptstadt Manila zu säubern. Auch der Präsident des deutschen Reisebüroverbandes (DRV), Otto

Schneider, hat kürzlich zugesagt, daß die Touristikunternehmen künftig in ihren Katalogen bei Hotelbeschreibungen auf „allzu eindeutige Hinweise“ verzichten; eine wahrhaft zynische Anmerkung.

Zur Position von Corazon Aquino

Auch diese für die Philippinen unpopuläre Maßnahme der Regierung zeigt, daß sich die Position von Corazon Aquino trotz aller Kritik stabilisiert hat. Im Augenblick wäre niemand im Lande in der Lage, sie zu stürzen. Bis 1992 – bis zu den Wahlen – wird sie Präsidentin bleiben. Viele teilen diese Einschätzung. Sie besagt: Die Putschgefahr, in letzter Zeit immer wieder beschworen, scheint im Augenblick gebannt zu sein. Auch das Cory Aquino in letzter Zeit wieder häufiger ins Ausland reisen kann, sieht man in Manilas Geschäftsviertel Makati als Indiz der politischen Stabilisierung an. Frau Aquinos Verdienst ist es, daß nach Jahrzehnten autoritärer Herrschaft die Demokratie wieder eine Chance hat. Auf allen Ebenen wurde die Republik inzwischen von Politikern geführt, die das Volk selbst gewählt hat: Ein Parlament wurde gewählt, lokale Wahlen fanden statt, und eine Verfassung garantiert, daß es auf legalen Wege nie wieder einen Marcos geben kann.

Aber das Land muß zukünftig wirtschaftliche Erfolge vorweisen können. Dabei könnten deutsche Firmen erheblich mitwirken, so wie sich beispielsweise Japan durch viele wirtschaftliche Initiativen auf den Philippinen etabliert. Einige deutsche Firmen haben ihre geplanten Investitionen in der Vergangenheit zurückgestellt, weil ihnen die politische Lage mit der Serie von Putschversuchen noch zu instabil erschien. Das Bild, das ein Teil der deutschen Presse von den Philippinen zeichnet, entspricht jedoch nicht der Wirklichkeit.

Die wichtige Landreform

Die Philippinen „aus dem Dreck zu ziehen“, heißt vor allem, die Verwirklichung der bisher mißglückten Landreform. Landreformen, die

eine Veränderung „von Grund auf“ herbeiführen sollen, erzählen auf den Philippinen eine unendlich lange Geschichte. Schon vor 30 Jahren propagiert, ist die Landreform immer noch Stückwerk geblieben, hat weder die Armut beseitigt, noch die feudale Struktur aufgebrochen, wie an der Tatsache erkennbar, daß 20 % der Filipinos 80 % des Landes besitzen. Bis jetzt ist es den Landlords im Parlament immer wieder gelungen, den Gesetzentwurf durch Zusatzanträge, durch endlose Debatten, durch das Feilschen um das Wie und Wo zu zerreden und ihre Substanz zu verwässern. Die Kongreßabgeordneten, die für eine grundlegende Landreform sind, haben in jüngster Zeit immer wieder die Unterstützung der Kirche gesucht. Dies macht deutlich, daß die Kräfte innerhalb des Kongresses, die eine grundlegende Landreform ablehnen, stark sind. Man kann die gegenwärtige Zusammenarbeit zwischen Kirche und Regierung als konstruktiv kritisch bezeichnen. Die Äußerungen Kardinal Sins, Erzbischof von Manila, wechseln zwischen Zustimmung und Ablehnung. Wichtig ist Sin besonders, daß die ausländische Einmischung in seinem Land beendet wird. Einen großen Fortschritt sieht Sin in der neuen Verfassung, in der wiederhergestellten Gewaltenteilung und in den jüngsten Wahlen. Sin griff aber die Regierung Aquino an, daß sie korrumpierbar sei und die Ideale der Februar-Revolution vergessen habe. Auch wenn der Kirchenfürst der Präsidentin selbst das Zeugnis absoluter Integrität ausstellt, hat das dennoch viele Priester und Nonnen, die vor 20 Monaten in vorderster Front gegen Marcos auf die Straßen zogen und das Rückgrat von „Peoples Power“ bildeten, nicht davon abhalten können, die Seiten zu wechseln. So bezeichnet auch Kardinal Sin die Oberschicht des Landes als „eigentlich Schuldige“ für das „zweitniedrigste Lohnniveau der Welt“. Landesweit setzen sich die Bischöfe für eine Landreform ein.

Die Verwirklichung der Landreform hat auch wesentlichen Einfluß auf die Stärke der „New people's army“. Darunter sind die kommunistischen Rebellen (NPA) zu verstehen, die besonders auf der größten Insel der Philippinen Mindanao mit

ihrer Hauptstadt Davao stark vertreten sind. Davao galt bisher als neuralgischer Punkt im Kampf zwischen der Regierung und den kommunistischen Rebellen.

Bei meinem Besuch auf Mindanao, insbesondere mit Kirchenvertretern, konnte ich feststellen, daß der Einfluß der Rebellen mittlerweile abgenommen hat. Ursache dafür ist besonders die Bürgerwehr, zivile Wächter, die vorgeben, Davao gesäubert zu haben, und noch heute die Kommunisten von der Stadt fernhalten. Die Stadt Davao lebt hauptsächlich von Handel und Plantagenwirtschaft. Die Linke hat sich seit den tödlichen Schüssen auf demonstrierende Landarbeiter im Januar dieses Jahres von Corazon Aquino entfremdet. Die verbissenen Streiks haben gezeigt, daß die Präsidentin auf einen ihrer stärksten Stützpfiler ihrer Massenbasis nicht mehr ohne weiteres zählen kann. Nach Auffassung der legalen Linken hat Corazon Aquino die „Peoples power“-Revolution vor allem deswegen verraten, weil sie keine der zugesagten sozialen Reformen durchgeführt hat. Die letzte Regierungsumbildung habe Corazon

Aquino zudem deutlich von den Volksmassen entfernt und in die Arme der Militärs und der besitzenden Klassen getrieben, der sie ja selbst angehört. Aber auch die Geschäftswelt und die der Mittelklasse angehörenden Intellektuellen sind zunehmend auf Distanz zur Präsidentin gegangen.

Tauziehen um US-Stützpunkte

Immer stärker ist auf den Philippinen die Kritik an den US-Militärstützpunkten geworden, über die in den nächsten Wochen verhandelt wird. Der laufende Vertrag gilt bis zum September 1991, ein weiteres 5-Jahres-Abkommen muß bald ausgearbeitet werden, sonst müssen die USA die größten Stützpunkte außerhalb ihres Landes verlassen. Die Philippinen sind für die USA einer der wichtigsten Standorte, 16 000 Mann ständiges amerikanisches Personal befinden sich hier, Zehntausende kommen jedes Jahr zum Training. Dafür zahlen die USA 180 Millionen Dollar als jährliche Militär- und Wirtschaftshilfe für ihre Verbündeten in Südost-

asien, und zwar seit 1986. Die philippinischen Stützpunkte bleiben in ihrer gegenwärtigen Form unentbehrlich und unersetzbar für die USA. Es gibt Vertreter im philippinischen Senat, die unbedingt die Notwendigkeit sehen, den US-Einfluß auf den Philippinen zu reduzieren.

Ich habe während meiner Reise mit den philippinischen Parlamentariern mehrfach meine Position zu diesem Thema darlegen können. Dabei habe ich deutlich gemacht, daß es unverzichtbar ist, daß sich Repräsentanten der asiatischen, europäischen und amerikanischen Demokratien zusammensetzen, um eine einheitliche Sicherheitspolitik zu entwerfen. Sicherheit ist unteilbar. Nur wenn jeder der Betroffenen weiß, daß er sich im Ernstfalle auf den anderen verlassen kann, ist Freiheit auf Dauer zu gewährleisten. Besonders wichtig ist es aber, daß dies auch die kommunistischen Staaten wissen. Daher hoffe ich, daß die Philippinen und die USA in der Lage sein werden, zu einer befriedigenden Lösung zu finden, für die eigenen nationalen und bilateralen Nöte sowie die ihrer Freunde in Europa.

Kirche ist nicht „out“

Hans Jürgen Quest

In Hamburg – im Sprengel Hamburg der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche (NEK) – ist die Mitgliedschaft unter die Angstgrenze von 50 Prozent der Bevölkerung gerutscht. Die sich hieraus ergebenden grundsätzlichen Fragen sind nicht Gegenstand des folgenden Artikels. Jedoch legt der 1987 emeritierte Hauptpastor an der Hamburger Hauptkirche St. Michaelis einen ersten Bericht über ein Projekt der Kirchenleitung der NEK zum „unbürokratischen Wiedereintritt in die Kirche“ vor. Hauptpastor Hans-Jürgen Quest an Hamburgs Traditionskirche St. Michaelis wurde 1981 mit der Einrichtung dieser zentralen Wiedereintrittsstelle für Hamburg betraut.

Das Angebot zu einem „unbürokratischen Wiedereintritt in die Kirche“, mit dem die Nordelbische

Evangelisch-Lutherische Kirche aus Anlaß des Hamburger Kirchentags 1981 vor die Öffentlichkeit trat, hat nicht zu einer Bewegung „zurück in die Kirche“ geführt. Aber es hat in den vergangenen sechs Jahren an die 400 Anrufe bei der „Beratungsstelle für Kirchenzugehörigkeit“ – so der offizielle Name – gegeben. Es sind seitdem ca. 150 Gespräche von je mindestens anderthalb Stunden Dauer geführt worden. Sie führten zum Vollzug des Wiedereintritts. Weitere 150 Anrufer begnügten sich mit telefonischer Information. Sie ließen sich in der Regel bewegen, um Wiedereintritt bei ihrer Ortsgemeinde nachzusuchen. Andere ließen es bei der erhaltenen Auskunft bewenden. Ihre Reaktion läßt darauf schließen, daß sie einem Gespräch

mit einem Pastoren aus dem Wege gehen wollten. Man darf annehmen, daß so mancher dieser Anrufer anonym, wie er ausgetreten war, wieder in die Kirche eintreten wollte, vermutlich, um in den Genuß einer kirchlichen Amtshandlung zu kommen.

Der größte Teil der Genannten vollzog den Wiedereintritt mit dem Gang zum Heiligen Abendmahl, die Mehrzahl in St. Michaelis, die anderen in der Ortsgemeinde. Zwang oder Kontrolle dieses Schrittes waren ausdrücklich nicht beabsichtigt, jedoch gehörten die Themen Taufe, Beichte, Heiliges Abendmahl zum Grundbestand eines jeden Gesprächs.

Die Kirche mit Austritt bestrafen? Nach einer sechsjährigen Praxis mit ihren intensiven Gesprächen lassen

sich einige vorsichtige Schlüsse ziehen:

Überraschend war zunächst der **hohe Grad der Reflektiertheit** sowohl des Austritts wie auch des Entschlusses zum Wiedereintritt. Die Gesprächspartner schienen sich weithin ein Konzept über ihre Motive zurechtgelegt oder auch erarbeitet zu haben. Ohne Anfrage wurde ausgepackt: Die Überlegungen, die einst zum Austritt geführt hatten – oft zehn bis zwanzig Jahre und mehr zuvor. Mein Beitrag in der ersten Gesprächsphase bestand lediglich darin, den Partnern zu helfen, Ursache und Anlaß des Austritts und Eintritts zu unterscheiden. Wo das gelang, wurde Betroffenheit aufgelöst. Auf einmal war ein neuer Verstehenszusammenhang entdeckt.

Bei den Motiven zum Austritt stand der **Ärger über Amtspersonen** der Kirchen und an der Institution Kirche an erster Stelle. Fälle kirchlicher Fehlleistungen wurden aufgezählt. Viele solcher Fälle erwiesen sich als Mitteilungen zweiter Hand, häufig medial vermittelt.

„Sie wollten also die Kirche mit Ihrem Austritt bestrafen“, pflegte ich zu reagieren. Dieser Einwurf wirkte häufig als Verstärker, das Arsenal der Entrüstung noch weiter zu öffnen. Es gab aber auch abschwächende Reaktionen etwa in dem Sinne, die Trennung von der Kirche sei voreilig gewesen, man habe die Konsequenzen zu wenig bedacht, man habe damals lediglich so mitgemacht bei der Austrittswelle – und die Leute der Kirche seien ja auch nur Menschen. Aus Verärgerung über Personen könne man nicht eine solche Entscheidung herleiten.

Bei den über Sechzigjährigen lag der Austritt noch in der NS-Zeit. Aber das waren wenige. Bei den Jüngeren wurde als häufigster Grund die politische Einstellung der Jugendzeit angegeben. Nachfragen ergaben eine interessante Aufgliederung.

Bei der einen Gruppe lag der Austritt in den endsechziger Jahren, der Zeit der Ausbildung vornehmlich an Hochschulen und Fachschulen, und entsprach einem damals verbreiteten Konsensus: Kirche ist „out“.

Bei der anderen Gruppe – etwa gleich stark, aber durchschnittlich zehn Jahre älter – wurde der Grund mit der politischen Betätigung der Kirche angegeben. Einige Male wurde die Ost-Denkschrift der EKD genannt und die Rot-Einfärbung der evangelischen Kirche beklagt.

Für mich überraschend häufig wurde die schlechte wirtschaftliche Lage zur Zeit des Austritts als Grund angegeben, meistens mit genauen Zahlen belegt.

Verwitwete Frauen gaben an, den Kirchenaustritt unter Druck ihrer Männer vollzogen zu haben. Jüngere Frauen traten wieder ein, nachdem ihr Verhältnis zu ihren erklärten antikirchlichen Partnern zerbrochen war.

Das vorherrschende Motiv zum Wiedereintritt wurde fast in allen Fällen mit der Wendung, „wieder dazugehören zu wollen“, angegeben. Nachfragen ergaben fast immer eine kirchliche Sozialisation in früheren Lebensabschnitten, meistens in der Jugend (Kindergottesdienst, Konfirmandenunterricht, Jugendgruppen, kirchliche Trauung). In fünf Fällen erfolgte diese kirchliche Sozialisation in der römischen Kirche, in vier Fällen in verschiedenen Freikirchen oder Sekten.

Suche nach (wohl metaphysischer) **Geborgenheit** und institutionell vermittelter Gemeinschaft sowie ein erklärter Ordnungssinn waren immer wieder erkennbar. („Ich brauche doch Halt“ – „In der Kirche lebt man doch ruhiger“ – „Ich möchte wieder mit gutem Gewissen eine Kirche betreten“ – „Ich möchte einem Pastoren wieder mit klaren Augen gegenüber treten“.)

Christliches Menschenbild und demokratische Ordnung

Mit unserer neuen Broschüre möchten wir Ihnen eine Basisinformation über den Themenbereich „Kirche und Politik“ anbieten, die sich auch zur größeren Verteilung eignet. Auf 48 Seiten beschäftigen sich sieben namhafte Autoren aus dem politischen Bereich mit dem Christsein in der Politik.

Kostenlos zu beziehen beim:

Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn 1.

Nach Lebenskrisen zur Kirche zurück

Zwei weitere Gruppen verdienen besondere Beachtung, weil in pastoraler Hinsicht idealtypische Fälle.

Das sind einmal jene Menschen, die nach Lebenskrisen den Weg in die Kirche zurückfanden. Ihre Ausführungen hatten etwas von einer Lebensbeichte und waren von großer Entschiedenheit. Es flossen auch Tränen. Die Erkenntnis der Untreue gegenüber ihrem Konfirmationsgelöbnis wurde als Schuld empfunden. Neue Glaubenserfahrungen, auch im Gottesdienst und in der Gemeinschaft der Christen, waren gemacht. Nun ging es nur noch um den letzten Schritt, den Vollzug vor dem offiziellen Vertreter der Kirche. Der Wiedereintritt wurde zur Konfession.

Sodann der andere Typ. Überwiegend Männer aller Altersstufen waren es, die ihren Weg zurück in die Kirche als geistigen Prozeß beschrieben, als einen Weg des Bedenkens, Verstehens, Wertens und der wachsenden existentiellen Betroffenheit. Es muß nicht verschwiegen werden, daß die Gestalt und die Worte Jesu und das Zeugnis, ja Vorbild geschichtlicher und lebender Menschen ihre Wirkung getan hatten. Eigene Lektüre, Vorträge und Predigten hatten die Entscheidung zum Wiedereintritt vorbereitet. Diese Rückkehrer wußten in der Regel **zu unterscheiden zwischen kirchlichen Defiziten und dem Geist des Evangeliums** als der Kraft der Kirche. Diese meist jüngeren Leute hatten immer auch teils kritische Anfragen hinsichtlich der Glaubenslehre oder fragten nach kirchlichen Zusammenhängen. Sie verbanden waches Interesse für die Theologie und ihre Methoden mit einem überraschend praktischen Sinn für das Leben der Gemeinde. Der Prozentsatz der naturwissenschaftlich gebildeten Menschen in dieser Gruppe war besonders hoch. Aus ihrem Kreis kamen besonders stark Fragen nach dem Gottesdienst.

Am Ende der Gespräche standen von meiner Seite immer die beiden Fragen: „Was erwarten Sie von Ihrer Gemeinde?“, und „Haben Sie schon darüber nachgedacht, was Ihre Gemeinde von Ihnen erwartet?“.

Immer waren diese Fragen der Ausgangspunkt für einen neuen Gesprächsgang. Bei den Gesprächspartnern, die ihren Wiedereintritt vornehmlich unter Ordnungs- und Geborgenheitsaspekten sahen, lösten diese Fragen Unsicherheiten aus. Es mußte ihnen bedeutet werden, daß ein Neubeginn mit der Kirche und in der Kirche schwerlich dort anknüpfen könne, wo es einmal zur inneren und dann auch faktischen Auswanderung aus der Kirche gekommen sei. Nur wenige hatten über eine lebendige Gliedschaft in der Kirche nachgedacht. Die ekklesiologische Schwäche der evangelischen Kirche trat zu Tage. Daß der Wunsch nach Geborgenheit und Gemeinschaft eigene geistige Anstrengung und praktische Mitarbeit erfordert, war eine neue Erkenntnis. Hier war dann ein Ringen um die Fundamente des christlichen Glaubens geboten. Die meisten begriffen jedoch, welche eine neue Lebenschance ihnen mit dem Wiedereintritt gegeben sei. In einzelnen Fällen waren mehrere Gespräche, auch in Verbindung mit Hausbesuchen, nötig.

Die wenigen mit klareren Vorstellungen über ihre neue Gliedschaft in der Kirche hatten zumeist schon Erfahrungen in Gesprächskreisen, gemeindlichen Aktionsgruppen oder auch in Gottesdiensten mit anschließenden Nachgesprächen hinter sich. Der Aufforderung, sich nach dem Wiedereintritt dem Gemeindepastor als neues Gemeindeglied vorzustellen, sind nachweislich einige nachgekommen. Bei etwa einem Drittel der Wiedereingetretenen war der Wunsch nach weiteren Gesprächen mit mir im Rahmen der Michaelis-Gemeinde spürbar. Die im ersten Gespräch (in einzelnen Fällen auch mehreren Gesprächen) begonnene persönliche Beziehung machte diesen Wunsch verständlich.

Alle Wiedereingetretenen wurden entlassen mit einem Buch, in der Regel mit einem Gebetbuch, häufig mit Büchern zur Einweisung in den christlichen Glauben. Fast immer gab es darüber Rückmeldungen.

...

Konsequenzen

Es ergeben sich nach den sechsjährigen Erfahrungen mit der „Beratungsstelle für Kirchengehörige-

keit“ in Hamburg folgende Konsequenzen:

1. Eine personelle Verstärkung und gleichzeitige Freisetzung von Personen für nur diese Aufgabe ist unerlässlich. Die Bildung weiterer solcher Stellen in Städten und Stadtteilen scheint nötig, da das Potential von Eintrittswilligen nach Tausenden zu zählen ist. Als Personen für die Gespräche mit diesem Personenkreis scheinen auch emeritierte Pastoren aufgrund ihrer Berufserfahrung besonders geeignet zu sein. Die Kirche kann ihren Ruhestandsgeistlichen eine sinnvolle und wichtige Aufgabe übertragen.

2. Ein Arbeitskreis zur Begleitung der mit der Wiederaufnahme Beauftragten und zum Austausch und zur Auswertung der Erfahrungen ist zu bilden. In ihm sollte die kirchliche Administration ebenso vertreten sein wie die Praktische Theologie der Fachbereiche Theologie der Universitäten.

3. Die Nacharbeit mit den Wiedereingetretenen muß systematisiert und organisiert werden. Eine **nachgehende Seelsorge und geistliche Begleitung** mit dem Angebot von Gesprächskreisen, Seminaren und besonderen Gemeinschaftsformen müssen entwickelt werden. Es müssen Ortsgemeinden gefunden werden, die die gemeindliche Integration Wiedereingetretener als speziell ihre Schwerpunktaufgabe erkennen.

4. Eine wesentliche Bedeutung für diese Arbeit, ihre Weiterführung und Weiterentwicklung, kommt der Publizistik zu – sowohl der theologischen und kirchlichen wie der öffentlichen. Nur im Bunde mit den Medien kann es gelingen, argumentativ und emotional zugleich die Plausibilität einer Rückkehr in die Kirche zu erreichen und öffentlich zu machen. Es geht um nichts weniger als um die **Entwicklung einer theologisch fundierten Strategie, um Wünsche zum Wiedereintritt, zum „Wiederzugehören“ zu erwecken**. Letztlich geht es um die Freisetzung theologischer und geistlicher Kräfte im deutschen Protestantismus überhaupt. Eine Kirche, die sich wieder angewöhnt, auch öffentlich um ihren Bestand, und mehr noch, um eine Erneue-

rung ihrer Existenz zu kämpfen, wird in der Öffentlichkeit mehr Widerhall finden als mit der Tabuisierung ihrer Not oder mit einem müden und bänglichen Starren auf Statistiken und Fehlanzeigen.

5. **Menschen zurückzugewinnen** muß als ein eigenständiger, neuer und notwendiger Arbeitszweig der Kirche erkannt werden. Das macht auch eine Institutionalisierung nötig. Dazu gehört auch die Thematisierung dieser Arbeit in Akademien, Fakultäten, Synoden und anderen Gremien. Die notwendigen empirischen und systematischen Untersuchungen im neuen Arbeitsfeld sind zu koordinieren.

Zum Abschluß noch dieses: Aufgrund der geführten Gespräche, die mir an vielen Punkten unerwartete Aufschlüsse über Denk- und Verhaltensweisen von Zeitgenossen nahezu aller Schichten vermittelten, halte ich mich zu dem Urteil berechtigt, daß die Kirchenaustritte und die Tendenzen zu weiteren Austritten in der evangelischen Bevölkerung nicht nur als schicksalhaft anzusehen sind. Wir müssen sie nicht tatenlos hinnehmen. Das Verlassen der Kirche hat Gründe. Ihre Komplexität ist noch nicht genügend aufgeklärt. Sie zu erkennen, um sie zu bearbeiten und ihnen konzeptionell zu begegnen, ist das Gebot der Stunde. Allein in Hamburg vermute ich eine nach vielen Tausenden zählende Bevölkerungsgruppe, die bei richtiger Ansprache heute schon als rückkehrwillig zu betrachten ist.

Wie gehen wir zum Beispiel mit folgenden beiden Aussagen um, die von der Mehrzahl der Wiedereingetretenen gemacht wurden?

Warum macht man den Austritt aus der Kirche so anonym, und warum hat es von seiten der Kirche keine erkennbare Reaktion auf unseren Austritt gegeben?

Wenn ich früher ein solches Gespräch mit einem Pastor hätte führen können, wäre ich vermutlich nie aus der Kirche ausgetreten.

Anm.: Dieser Beitrag ist bereits in den „Nachrichten der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern“, Heft 10, 1988, erschienen.

Parteitagshotizen

Auf dem 36. CDU-Bundesparteitag vom 12.-15. Juni 1988 in Wiesbaden wurden zahlreiche Initiativanträge gestellt, von denen wir drei exemplarisch vorstellen möchten. Entsprechend den Empfehlungen der Antragskommission wurden sie vom Bundesparteitag angenommen und beschlossen.

Beschluß Nr. K 2

Richtlinien zur politischen Gleichstellung der Frauen in der CDU

1. Die CDU will, entsprechend den Beschlüssen des Essener Parteitages die Gleichstellung zwischen Mann und Frau im Lebensalltag, d. h. auch bei politischen Ämtern und Mandaten innerhalb der neunziger Jahre erreichen. In einer ersten Stufe sollen deshalb Frauen mindestens entsprechend ihrem Anteil an der Mitgliedschaft der CDU für Ämter und Mandate nominiert werden...
7. Die Mitwirkung von Frauen in den Parteien wird vielfach durch ihre Belastung in Familie und Beruf erschwert. Deshalb müssen die Gliederungen der CDU auf diese besondere Situation Rücksicht nehmen und Angebote entwickeln, die es Frauen erleichtern, sich politisch zu engagieren...
10. Alle Gliederungen der CDU sollen eigene Initiativen zur Umsetzung der Essener Leitsätze entwickeln und zu einem Arbeitsschwerpunkt machen. Die politische Gleichstellung der Frauen in der CDU hängt nicht zuletzt davon ab, daß ihr Mitgliederanteil entscheidend gesteigert wird. Daher muß die Partei eine gezielte Werbung vor Ort durchführen, um mehr Frauen als Parteimitglieder zu gewinnen.

Initiativantrag Nr. M 66 der Delegierten Martin, Waffenschmidt, Vogel und weiterer 27 Delegierter

Der 36. Bundesparteitag möge beschließen:

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU beantragt, die beiden vorliegenden Leittrträge des Bundesvorstandes unter die gemeinsame Überschrift „Politik auf der Grundlage des

christlichen Menschenbildes“ zu stellen. Beide Leittrträge sollen durch die zitierten Absätze des Grundsatzprogrammes der CDU vom 25. 10. 1978 zu den Prinzipien einer Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes eingeleitet werden.

CDU-Generalsekretär Dr. Heiner Geißler hat den Botschafter der Republik Südafrika, Wilhelm Rudolph Retief, über einen Beschluß des 36. Bundesparteitages in Wiesbaden in Kenntnis gesetzt.

Der Beschluß lautet:

„Der 36. Bundesparteitag fordert den Präsidenten der Republik Südafrika auf, einem erneuten Gnadengesuch der sechs afrikanischen Bürger, die wegen Mitwirkung am Mord eines Stadtrates einer Ortschaft bei Sharpeville zum Tode verurteilt wurden, stattzugeben.“

Der Generalsekretär hat den Botschafter gebeten, diesen Beschluß an den Präsidenten der Republik Südafrika weiterzuleiten.

Initiativantrag Nr. K 1 der Delegierten Dr. Kohl, Dr. Geißler, Dr. Wallmann und weiterer 27 Delegierter

Der 36. Bundesparteitag möge beschließen:

Der 36. Bundesparteitag beauftragt den Bundesausschuß, bis Februar 1989 eine Vorlage zur Organisations- und Finanzreform auf allen Ebenen der CDU Deutschlands zu verabschieden und dem 37. Bundesparteitag zur Beschlußfassung vorzulegen. Zu den Beratungen des Beschlusses werden die Kreisvorsitzenden als Verantwortliche der politischen und organisatorischen Arbeit der Partei in den Kreisen eingeladen.

Ziel dieser Arbeit sind weitere Organisations- und Finanzierungsvorschläge für die Parteiarbeit der 90er Jahre.

Die Vorschläge für die Organisation sollen gewährleisten, daß die Politik der CDU als moderner Volkspartei der Mitte bürgernah umgesetzt wird, eine moderne Kommunikationsstruktur im Medienzeitalter entwickelt und die Parteiadministration mit zeitgemäßen Organisationsmethoden bewältigt wird. Für

die Finanzierung der Partei soll gelten, daß die jeweilige Organisationsstufe in Kreis, Land und Bund einen ihren Aufgaben entsprechenden Anteil am Gesamtbeitragsaufkommen erhält. Unter Einbeziehung von Empfehlungen der vom Bundesvorstand eingesetzten Organisationskommission sollen folgende Fragestellungen beantwortet werden:

1. Stimmt die über Jahrzehnte erprobte Aufgabenverteilung zwischen Kreis-, Landes- und Bundespartei noch hinsichtlich neuer, gewandelter Aufgaben?
2. Wie werden die erforderlichen finanziellen Mittel für eine erfolgreiche politische und organisatorische Parteiarbeit auf der jeweiligen Organisationsstufe aufgebracht und bereitgestellt?
3. Sind Mittel und Ausdrucksform der Parteiarbeit noch zeitgemäß und entsprechen sie gewandeltem Mitglieder- und Wählerverhalten?
4. Entspricht das Ausleseverfahren der Partei für kommunale und überregionale Vertretungen und Parlamente sowie für Parteiämter noch den Erwartungen der Öffentlichkeit nach glaubwürdiger und sozialer Repräsentanz?
5. Entspricht die Arbeit der Vereinigungen auf den verschiedenen Organisationsstufen der Partei den veränderten Bedingungen in den politischen und sozialen Gruppierungen unserer Gesellschaft?

Der Bundesvorstand beauftragt eine Kommission zur Vorbereitung der Anträge für die Sitzung des Bundesparteiausschusses bis Februar 1989.

Die Redaktion ist sehr daran interessiert, Ihre Einschätzung im Hinblick auf die Arbeit des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU vor Ort sowie auf regionaler und überregionaler Ebene zu erfahren. Schicken sie Ihre Stellungnahme an die

*EAK-Bundesgeschäftsstelle,
Friedrich-Ebert-Allee 73-75,
5300 Bonn 1.*

Aus unserer Arbeit

In einem Interview der „taz“ vom 30. 5. 1988 wurde die Pröpstin der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Frau Helga Trösken, zum § 218 und zum geplanten Beratungsgesetz gefragt. Sie antwortete, daß sie den § 218 abschaffen würde und das Beratungsgesetz für katastrophal halte.

Darauffin schrieb ihr der EAK-Bundesvorsitzende Albrecht Martin den folgenden Brief.

Sehr verehrte Frau Pröpstin,

am 30. Mai 1988 veröffentlichte die „Tageszeitung“ ein Interview mit Ihnen, das eine Bemerkung von Ihnen enthält, von der ich sehr hoffe, daß sie auf einem Mißverständnis beruht. Auf die Frage „Wie steht es denn mit dem § 218? Was halten Sie von dem neuen Beratungsgesetz?“ haben Sie – der „Tageszeitung“ zufolge – geantwortet: „Ich halte es für katastrophal. Das ist ein Punkt der Politik, wo ich mich schon ganz deutlich vor Jahren geäußert habe. Ich würde den § 218 abschaffen und das neue Beratungsgesetz erst recht“.

Da bisher von diesem Beratungsgesetz nur ein Referentenentwurf vorliegt, kann man es eigentlich nicht abschaffen. Man versteht Sie aber doch wohl richtig, wenn man annimmt, daß Sie überhaupt kein Beratungsgesetz wollen. Aber warum diese Ablehnung? Wenn Sie an dieser oder jener Formulierung, an einzelnen Bestimmungen des Entwurfes Kritik geäußert hätten, könnte man sich damit auseinandersetzen! Muß ich nun annehmen, daß Sie auch die Zielsetzung des Gesetzentwurfs ablehnen, durch Beratung die Bereitschaft zu stärken, das ungeborene Leben nicht zu töten? Das können Sie doch nicht wollen! Aber Sie provozieren dieses Verständnis Ihrer Äußerung durch Ihre lapidare Feststellung: „Ich würde den § 218 abschaffen“. Das heißt nichts anderes als die vollständige Freigabe der Abtreibung. Es ist Ihnen doch wohl klar, daß Sie sich damit in Widerspruch zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes begeben, das den Schutz ungeborenen Lebens, auch durch entsprechende Gesetze, als Aufgabe des Staates definiert?

Es liegt mir fern, der Kirche in ihren leitenden Organen oder auch einzelnen Gliedern der Kirche in leitenden Ämtern

das Recht zu bestreiten, sich zu wichtigen Fragen der Ordnung des Lebens in Staat und Gesellschaft zu äußern. Das Interview in der „Tageszeitung“ ist aber deshalb nicht hilfreich, weil es keinerlei Verständnis für die Aufgabe unseres Staates erkennen läßt, das Leben, auch das ungeborene Leben, zu schützen. Denn so wichtig es ist, an das Gewissen jedes einzelnen zu appellieren, so kann und darf doch der Staat nicht darauf verzichten, den Schutz menschlichen Lebens auch durch Androhung von Strafe zu erzwingen. Wenn er in gesetzlich klar umrissenen Fällen auf Strafe verzichtet, so billigt er damit nicht die Abtreibung. Eine Streichung des § 218 hätte aber die Bedeutung einer Billigung. Angesichts der politischen Orientierung der „Tageszeitung“ ist Ihre Äußerung doppelt unverständlich.

Sollte die „Tageszeitung“ Sie verkürzt oder mißverständlich zitiert haben, wäre ich für eine Klärung sehr dankbar.

Albrecht Martin

Frau Trösken antwortete am 22. Juni 1988:

Sehr geehrter Herr Martin,

zu Ihrer Anfrage vom 6. 6. d. J. möchte ich wie folgt Stellung nehmen:

Das angebliche Interview von mir in der taz gibt Äußerungen von mir verkürzt und falsch wieder. Es wurde nicht von mir autorisiert. Insbesondere zum § 218 ist meine Meinung so verkürzt worden, daß sie falsch ist.

Ich lehne Abtreibung als Tötung werdenden Lebens ab; ich halte aber auch das Strafgesetz für kein zureichendes Mittel, das ungeborene Leben zu schützen, oder Frauen in Konfliktsituationen zu helfen.

Das geplante Beratungsgesetz, soweit es bekannt geworden ist, lehne ich ebenso ab, wie es viele erfahrene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, vor allem kirchlicher Beratungsstellen, tun. Beratung muß immer dem Einzelnen zu einer Gewissensentscheidung helfen, darf aber nicht von vornherein ein bestimmtes Ziel dieser Entscheidung verfolgen. Im übrigen stehe ich zu den Aussagen der Kirchensynode der EKHN von 1985.

Helga Trösken

„Mitgliederversammlung des EAK-Wesel“

Wesel. Bei der Mitgliederversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU des Kreisverbandes im Weseler Ratskeller konnte Vorsitzender **Wolfgang Hemkens** eine stattliche Anzahl Mitglieder begrüßen. Auf der Tagesordnung stand die Wahl der Landes- und Bezirksdelegierten.

Danach sprach der Ostexperte der Karl-Arnold-Stiftung **Joachim Gaudig** über das Thema: „Aktuelle Situation der Kirche in der DDR“. Honecker habe in den letzten Jahren das Verhältnis des Staates zur Kirche entkrampft, eine gewisse Tolerierung habe sich entwickelt. Die Kirche ist die einzige Organisation, die ihre innere Autonomie bewahrt hat und in kritischer Distanz zum Staat steht. Es sei ein Balanceakt, den die ev. Kirche zu vollführen habe, indem sie mit den Realitäten des Staates leben müsse, zum anderen aber auch vielen Minderheiten, die in der Anfechtung stehen, Zuflucht zu bieten versucht.

EAK-Bezirksverband Mittelrhein gegründet

Bonn. Am 24. Juni 1988 wurde in Bonn im Konrad-Adenauer-Haus der EAK-Bezirksverband Mittelrhein gegründet. Damit haben sich die Kreisverbände Bonn, Köln, Erftkreis, Leverkusen und Rhein-Sieg zusammengeslossen.

Unter Leitung des stellvertretenden EAK-Landesvorsitzenden **Peter Hintze** wurde von den Delegierten: **Birgit Heide**, EAK-Kreisverband Rhein-Sieg, zur neuen Vorsitzenden gewählt. Stellvertreter ist **Siegfried Leschke**, Leverkusen. Als Beisitzer arbeiten künftig Frau **Marie-Therese Barth**, Bonn und Frau **Gabriele von Dombois**, Köln.

Neben den Wahlen stand die Erörterung der Arbeit des EAK auf Landes- und Bezirksebene im Mittelpunkt der Abendveranstaltung. Wesentliche Impulse vermittelte hierbei das einführende Referat des EAK-Landesvorsitzenden, Landtagsvizepräsident **Dr. Hans-Ulrich Klose**, MdL.

Neben der Koordinierung der Kreisverbände wird der Schwerpunkt der Arbeit im neugegründeten EAK-Bezirksverband vor allem in der Intensivierung des Dialogs mit der Kirche auf der Ebene von Kirchengemeinde und Kreisynode liegen.

Verhältnis zu den Ostblockländern

Worms. Das erste Tagesseminar des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU widmete sich dem Thema „Glasnost und Perestroika – Ende eines Feindbildes?“ **Dr. Werner Barm** aus Remagen und Militärdekan **Klaus-Dieter Stephan** aus Mainz referierten am Vormittag und standen auch in der Diskussionsrunde des Nachmittags im Mittelpunkt.

Dr. Barm stellte zunächst einen einheitlichen Kenntnisstand über Marxismus, Kommunismus und Realsozialismus sowie auch darüber her, wo Gorbatschow mit seinen Neuerungen einzuordnen ist. Wo die evangelische Kirche ihren Standpunkt sieht oder sehen sollte, behandelte Stephan im zweiten Referat.

Umweltschutz – Thema einer EAK-Veranstaltung

Bonn. Für das 9. ‚Bonner Theologische Gespräch‘ konnte der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU den Bochumer Alttestamentler **Prof. Dr. Dr. Siegfried Herrmann** gewinnen. Der EAK-Bundesvorsitzende, Staatsminister **Albrecht Martin**, begrüßte unter den zahlreich erschienenen Gästen auch den EAK-Ehrenvorsitzenden **Dr. Gerhard Schröder** sowie weitere Mitglieder des EAK-Bundesvorstandes.

In seinem Vortrag „Zwischen Schöpfung und Chaos – Dimensionen des biblischen Schöpfungsglaubens“ lei-

tete Prof. Herrmann aus dem Alten Testament die Sorge des Menschen nicht nur für die ihn umgebende Welt ab. Er betonte darüber hinaus, daß Schöpfungstheologie dem Menschen weit mehr Verantwortung aufgibt, als er in der notwendigen Sorge für die Umwelt schon wahrzunehmen meint.

Kirche und Politik

Wesseling. 60 Pfarrer trafen sich auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung und des EAK der CDU/CSU zu einer Fachtagung für evangelische Theologen in Schloß Eichholz.

Nach einem einleitenden Referat des EAK-Bundesvorsitzenden, Staatsminister **Albrecht Martin**, MdL, zur Frage „Wie politisch soll die Kirche sein?“ wurden zunächst wichtige Aufgaben von Kirche, Gemeinde und Pfarrer durch **Prof. Dr. Hans-Dieter Bastian** und Oberkirchenrat **Hermann Kalinna** dargelegt.

Zu einem Meinungsaustausch in kleineren Gesprächskreisen stellten sich **Dr. Werner Dollinger**, MdB, **Dr. Renate Hellwig**, MdB, **Peter Hintze** und **Dr. Hans Ulrich Klose**, MdL, zur Verfügung.

Den Abschluß bildete ein Beitrag von **Prof. Dr. Dr. Rainer Mayer** zum Spannungsverhältnis von Kirche und Staat.

Die Teilnehmer bewerteten die Veranstaltung und besonders die Möglichkeit des Dialoges zwischen Politikern und Theologen positiv und wünschten sich eine baldige Fortsetzung des Dialoges.

„Brücke zwischen Kirche und Politik“

Singen. „Brücken schlagen zwischen Kirche und Politik“ – so versteht der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU seine Arbeit. „Brücken verbinden

Ufer, sie überqueren Täler, jedoch sind sie nur haltbar, wenn sie die richtige Spannung besitzen“, mit diesen Worten leitete die Kreisvorsitzende **Ute Moßbrucker** die jüngste Veranstaltung des EAK Konstanz im Singener Hotel „Widerhold“ ein. Um die richtigen Brücken bauen zu können, hatte der EAK zu diesem Thema Oberkirchenrat **Klaus Baschang** als Referenten eingeladen.

Nach einleitenden Bibelworten begann Baschang mit der Feststellung, daß eine strenge Trennung zwischen Politik und Kirche eine gefährliche und unververtretbare Einstellung sei. Die Kirche in der Bundesrepublik verstehe sich weder als Sprachrohr der Politik, noch komme sie ohne aus. Der EAK müsse mithelfen, die „politische Landschaft zu flexibilisieren“, auch um ausgleichend auf die verschiedenen Gemüter zu wirken. Heute lebe der einzelne in einer Welt der Kompromisse und es gebe keine eindeutige Wahl zwischen dem absolut Guten und absolut Schlechten. Der Mensch neige aber zu hoher Moral und gebe nicht gern zu, sich für das relativ Gute, beziehungsweise das relativ Schlechte entscheiden zu haben. Das menschliche Leben ist fehlbar, so Baschang, diese Einsicht gewännen Christen aber nur in ihren Gemeinden im Gottesdienst. Diese Grundgedanken in die Politik einzubringen, das sei die Hauptaufgabe des EAK. Dies führe zu einer Flexibilisierung der Politik und zum Brückenbau zwischen Kirche und Staat.

Leserbrief

Betr.: 5/88 „Die Weltkonvokation im Jahr 1990“

... Der Autor unterstellt dem ÖRK einen „politisierten“ Sündenbegriff und folgert daraus, daß die „Versöhnung mit dem Nächsten gleichzeitig auch zur Versöhnung mit Gott“ gemacht würde. Das ist eine ziemlich fahrlässige Unterstellung. Denn jeder einigermaßen informierte Christ erinnert sich, daß Jesus genau umgekehrt argumentierte: Stehst du am Altar, um dich mit Gott zu versöhnen, und du weißt, daß du mit deinem Bruder Streit hast, dann kehre zuerst um, versöhne dich mit deinem Bruder und dann komm zurück und versöhne dich mit Gott. Was meint hier das Wort „Versöhnung“? Es gibt eine alte kirchliche Tradition, die Versöhnung mit Schuldkenntnis, Reue und Buße verbindet. Nur ein ins Unverbindliche nivellierter Sündenbegriff kann unter schlagen, daß sich die Sünde in konkreter Schuld manifestiert. Und diese ist ungleichmäßig verteilt, obwohl wir „allzumal Sünder sind“ vor Gott. In der



Teilnehmer des 9. ‚Bonner Theologischen Gespräches‘

Schuldfrage gibt es deutliche Unterschiede, sachliche und graduelle. Da gibt es Opfer und Täter, Unterdrückte und Unterdrücker. Das Opfer mag dem Täter vergeben; doch das ist noch keine Versöhnung. Die folgt aus Gottes Gnade allein. Aber die Gnade Gottes ist nicht billige Gnade. Sie schließt ein, daß der Schuldige sich ändert, wenigstens zur Umkehr bereit ist. Deshalb hat Versöhnung durchaus etwas mit der vom Autor kritisierten „Parteilichkeit“ zu tun.

Die Option für die Armen und Unterdrückten ist eine Option für die Opfer der Sünde und richtet sich gegen die Schuld der Täter, um sie zur Umkehr zu bewegen.

Auch mir liegt das lutherische Proprium am Herzen. Doch in der verkürzten und entstellten „theologischen Argumentation“ des Autors wirkt es wenig einladend für andere christliche Konfessionen. Mit ihnen zusammen ist der LWB jedoch in den konziliaren Prozeß

eingestiegen. Niemand beabsichtigt, durch die Konvokation das Heil der Menschen zu bewirken und durch unangemessene „Sachurteile“ Gottes Gerechtigkeit zu erwerben. Doch wir sind einer leidenden und bedrohten Menschheit das Zeugnis des Evangeliums schuldig, das wir auf so vielerlei Weise unglaubwürdig gemacht haben.

Dr. Götz Planer-Friedrich
Studienabteilung des Lutherischen Weltbundes
Route de Ferney 150, CH – 1211 Genf

»Die Schöpfung bewahren – das Leben schützen«

29. Bundestagung des EAK der CDU/CSU
7./8. Oktober 1988
Konrad-Adenauer-Haus · Bonn

Freitag, 7. Oktober 1988

20.00 Uhr **Theologisches Abendgespräch**

Macht Euch die Erde untertan – Schöpfungsethik in der Krise,
mit Bundesminister **Prof. Dr. Klaus Töpfer**, Bonn
Landesbischof i. R. **D. Hans von Keler**, Herrenberg

Samstag, 8. Oktober 1988

9.15 Uhr **Eröffnung:** Staatsminister **Albrecht Martin**, MdL

10.15 Uhr **Vorträge:**

Generalsekretär **Dr. Heiner Geißler**, MdB

Bundesminister **Dr. Wolfgang Schäuble**, MdB

13.00 Uhr Pressekonferenz

14.00 Uhr **Foren:** I. Das Leben schützen
II. Die Schöpfung bewahren
III. Die Zukunft sichern